Umfrage zur Neugestaltung der Milchlieferbeziehungen

Absage an staatliche Vorgaben

Bei den Milcherzeugern in che Vorgaben kön-Deutschland besteht kein einheitliches Meinungsbild hinsichtlich einer möglichen Neugestaltung der genossenschaftlichen Lieferbeziehungen. Das geht aus einer Befragung unter Federführung von Prof. Sebastian Hess vom Institut für Agrarökonomie der Universität Kiel hervor, deren Ergebnisse am vorigen Mittwoch beim "Milchfrühstück" des Deutschen Bauernverbandes (DBV) in Berlin präsentiert wurden.

Danach favorisieren insbesondere kleinere, mittlere und möglicherweise wachstumswillige Betriebe das typische genossenschaftliche Liefermodell mit Andienungs- und Abnahmepflicht, Rückvergütung und 24 Monaten Kündigungsfrist. Demgegenüber sprechen sich vor allem größere Betriebe für eine alternative Gestaltung der Lieferbeziehungen aus. DBV-Milchbauernpräsident Karsten Schmal betonte die Notwendigkeit, zu modernen, marktgerechten Vereinbarungen über Menge und Preise zu kommén. Dabei könne es keine Einheitslösung für alle Milcherzeuger geben. Vielmehr bedürfe es differenzierter Ansätze. Außer Frage stehe jedoch, dass "man Veränderungen auch wollen muss".

Der Staatssekretär des Bundeslandwirtschaftsministeriums, Dr. Hermann Onko Aeikens, sprach von "begrenzter Veränderungsbereitschaft" innerhalb der Landwirtschaft. Die größere Offenheit in Ostdeutschland dürfe angesichts der vergleichsweise geringen Bedeutung der Milcherzeugung dort nicht überschätzt werden. Der Bauernverband stehe weiterhin vor der Aufgabe, Aufklärungsarbeit zu leisten. Aeikens sieht die Branche dringend gefordert, die notwendigen Schlussfolgerungen aus der letzten Milchpreiskrise zu ziehen. Ein ähnlicher politischer Kraftakt zur Unterstützung der Milcherzeuger wie zuletzt werde künftig keineswegs selbstverständlich sein.

Vereinbarungen selbst treffen

Staatlichen Eingriffen in die Milchlieferbeziehungen erteilte

nen nicht zu befriedigenden Ergebnissen führen", betonte der Präsident des hessischen Bauernverbandes. Nach seiner Überzeugung muss es vielmehr im ureigenen Interesse des deutschen Milchsektors "selbst marktgerechte Vereinbarungen zwi-

schen Landwirten und Molkereien zu treffen, die dem heterogenen Meinungsbild unter den Landwirten, aber auch den Molkereien gerecht werden".

Zweifellos bedürfe es künftig einer besseren Abstimmung zwischen Landwirten und Molkereien zu Mengen, Preisen und Laufzeiten dieser Übereinkünfte. Landwirte benötigten praktikable Möglichkeiten zur Preisabsicherung. Zugleich seien die Molkereien auf eine verlässlichere Basis zu den künftigen Anlieferungsmengen angewiesen. Darüber hinaus müssten Preissignale der internationalen Märkte künftig früher beim Landwirt ankommen. Insgesamt sehe sich der DBV durch die von Hess vorgelegten Befragungsergebnisse bestätigt, so Schmal.

Demokratische Entscheidungsprozesse

Der Geschäftsführer des Deutschen Raiffeisenverbandes (DRV), Dr. Thomas Memmert, ließ keinen



liegen, Prof. Sebastian Hess Foto: kim

die Molkereigenossenforderungen des vola- zur Preisabsicherung. tilen Milchmarktes stellen. Dabei werde auch intensiv über die Ausgestaltung der Lieferbeziehungen und Möglichkeiten der Preisabsicherung mit ihren Mitgliedern diskutiert. "Eine wesentliche Auf-

gabe besteht darin, unterschiedliche Erwartungen der Mitglieder in den demokratischen Entschei- Milchmenge. Knapp drei Viertel

Zweifel daran, dass sich auf dem Milchmarkt zu verbessern. Zudem seien die meisten Milcherschaften den Heraus- zeuger offen gegenüber Modellen

Fehlendes Vertrauen in Molkereiführung

Die Kieler Wissenschaftler werteten die Antworten von 769 Milcherzeugern in den Regionen Nordwest, Ost und Süd aus. Die betreffenden Landwirte repräsentieren rund 1,1 % der deutschen Milchviehhalter und 3,7 % der

ANZEIGE



dungsprozessen zum Ausgleich zu bringen", betonte Memmert. In den meisten Fällen sei das bestehende Modell mit den typischen genossenschaftlichen Lieferbeziehungen bestätigt worden.

Auch der DRV-Geschäftsführer sprach sich entschieden gegen pauschale Lösungen über Landwirte und Regionen hinweg aus. Einvernehmen bestehe zwischen den Mitgliedern in der Regel in der Notwendigkeit, die Transparenz

der Befragten liefern ihre Milch an eine Genossenschaft, 18 % an eine private Molkerei und 9 % an eine Milcherzeugergemeinschaft (MEG). Etwa 3 % sind Direktvermarkter. Weniger als 5 % der Befragten beliefern mehr als eine Molkerei.

Rund 86 % der Befragten unterliegen mit ihrer gesamten Milchmenge einer Andienungspflicht. Umgekehrt gewährt ihnen ihre Molkerei eine volle Abnahmegarantie. Um die Andienungspflicht zu lockern, wären der Auswertung zufolge 24 % der Erzeuger bereit, auf einen Teil der Abnahmegarantie zu verzichten. Allerdings lehnen dies 44 % der Befragten explizit ab. Rund 40 % der Befragten wünschen sich kürzere Kündigungsfristen. Die betragen bei Genossenschaften im Schnitt 24 Monate und bei Privatmolkereien sechs bis zwölf Monate.

Eigenen Angaben zufolge planen 36 % der befragten Milcherzeuger im Osten einen Wechsel ihrer Molkerei. In der Region Nord-west sind es 21 %, im Süden lediglich 14 %. Als wesentliche Wechselgründe gab ein Großteil der Erzeuger fehlendes Vertrauen in die Geschäftsführung ihrer Molkerei und eine unzureichende Kommunikation an.



Schmal eine klare Absage. "Staat- Bei Milcherzeugern in Deutschland herrscht kein einheitliches Meinungsbild Iche oder allgemein verbindli- zur Neugestaltung der Milchlieferbeziehungen. Foto: landpixel